

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugabepreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Schram.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Leserangehörige für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Der Außenhandel nach dem Kriege

Wenn vor dem Kriege gewisse Kreise und Zeitungen beständig zum Kriege hielten und zum Beispiel den deutschen Kaiser im Jahre 1911 rücksichtslos und scharf angriffen, weil er die Marokko-Krise nicht zur Entfesselung des Weltkrieges benutzte, so mußte der Friedensfreund immer fragen: Und was dann? Was nach dem Kriege? Denn der Krieg ist doch nur ein Ausnahmezustand, er kann nicht ewig dauern, sondern muß wieder dem Frieden weichen und was soll dann aus den gegenseitigen Beziehungen der Staaten und Völker, aus dem Weltverkehr werden, der im besten Falle nur einen Jahresumsatz in Einfuhr und Ausfuhr von 200 Milliarden zu erreichen? Sollen dann alle Staaten jeder für sich abgeschlossene Wirtschaftskreise bilden, auf alle internationalen Verbindungen, auf den gegenseitigen Warenaustausch, auf die gegenseitige Förderung in den tausend Kulturfragen verzichten und so geradezu in den Zustand früherer Zeiten zurückverfallen, eine Art Barbarei in neuer Form erstehen lassen? Wie diese und noch viele andere Fragen beantwortete man sich selbst mit der festen, zureichenden und unerschütterlichen Überzeugung: Nein, nein! Eine solche Rückkehr in die Vergangenheit ist unmöglich, denn trotz alledem behält Schiller schließlich doch recht, daß aufwärts der Menschheit Gang geht.

Auch nach dem Kriege sind alle Völker wieder aufeinander angezogen und mag es auch lange dauern, bis die abgerissenen unzähligen Fäden wieder neu geknüpft, der durch den Krieg entsagte und geschürte wilde Völkerhaß gemildert, ein neuer freundschaftlicher Verkehr wieder hergestellt wird. Die Zeit wird doch kommen, da der andauernde Frieden die schweren blutenden Wunden vernarben und vergessen und über den bösen Traum einer schrecklichen Wirklichkeit die Menschlichkeit überall sich wieder die Hände reichen und alle unter Menschen Menschen sein läßt.

Wird nach dem Kriege nicht gleich wieder der gegenseitige Handelsverkehr und Warenaustausch hergestellt, wie er vor dem Kriege gepflegt wurde, so wird er auf anderem Wege mittelbar durch die neutralen Länder erfolgen, die davon wirtschaftlich gewinnen und dadurch einigermaßen werden entschädigt werden für den großen Schaden, den auch ihnen der Krieg in verschiedenen Formen zugefügt hat. Aber gepflegt und fortgeführt wird von allen Ländern der Außenhandel werden, weil er einfach unentbehrlich ist und daher auch während des Krieges nicht aufgehoben, sondern nur eingeschränkt ist.

Nichtsdestoweniger bestehen Abschließungs- und Ausschließungspläne zur Fortsetzung des blutigen Völkerkrieges nach dem Friedensschlusse in Form von Handels- und Zollkriegen. Der Viererband soll Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch eine geeignete Zoll- und Handelspolitik ganz vom Weltmarkte verdrängen, um sie wirtschaftlich zu vernichten. In Deutschland gibt es gleichwertige Politiker, so das berühmte Kartell der schaffenden Stände, das die gleiche Ausschließungspolitik gegen den Viererband befolgen möchte. Dabei kann weder auf der einen noch auf der anderen Seite von Volkspolitik, von Zielen der allgemeinen Volkswohlfahrt geredet werden, sondern es handelt sich auf beiden Seiten um Bestrebungen von Erwerbsgruppen, die ihre alten maßlosen Hochschützungsgrundlagen mit Ausnutzung des Weltkrieges verwirklichen möchten, nicht zum Nutzen, sondern nur zum Schaden des Volkes, dagegen allerdings zum eigenen Vorteil dieser Erwerbsgruppen.

Die Abschließungspolitik des Viererbands stößt in den eigenen Reihen auf entschlossene Gegnerschaft. So hat sich über diese Abschließungstheorie ein ehemaliger russischer Handelsminister zu dem ihn ausfragenden Korrespondenten Frazer vom Londoner Standard geäußert, und zwar unter dem Gesichtspunkt der zukünftigen Gestaltung der russischen Handelspolitik:

Anpassung, Sprachkenntnis, Kreditgewährung sind die Hauptbedingungen für jedes fremde Land, das mit Rußland Handel treiben will. Ich hoffe, daß Ihr Land (England) aus dem Kriege dauernde Handelsvorteile ziehen wird. Vorzugstarife für unsere Verbündeten werden unmöglich sein, es hieße das, den Krieg gegen Deutschland auf anderem Gebiet fortsetzen, und würde zu vielen Reibungen führen. Deutschland wird auf der Basis der Gleichberechtigung mit anderen Nationen wieder auf unseren Märkten zugelassen werden und zweifellos riesige Anstrengungen machen, um das Verlorene zurückzugewinnen, denn es ist zu berücksichtigen, daß vor dem Kriege 50 Prozent aller eingeführten Fabrikate von unserem westlichen Nachbar kamen. Heute hegen wir den Wunsch, die Waren unserer Verbündeten zu kaufen. Der Gegensatz gegen die Deutschen wird noch jahrelang nach dem Frieden fortbauern, und es ist ganz natürlich, daß wir lieber von unseren Fremden kaufen wollen.

Ich bin entschlossen der Ansicht, daß in den kommenden Friedensbedingungen ein Paragraph eingeschaltet werden müßte, wonach es Deutschland verboten wird, Differenzialtarife aufzustellen. Deutschlands Handelspolitik war aggressiv und brutal, aber geschickt. Sie stützte sich auf verschiedene Artikel, in denen die Deutschen ein Monopol hatten oder die wir von anderer Seite nicht erhalten konnten, und zwang uns, unsere Tarife zu Deutschlands Gunsten herabzusetzen. Weigerten wir uns, so erhielten unsere Konkurrenten in Getreide und Rohmaterial Vorzugstarife.

Mit großem Geschick und Unternehmungsgeist eroberte Deutschland mit seinen Gütern die erste Stelle auf unserem Markte und drang stets mit großer Energie auf niedrige Zollsätze für Artikel, in denen englischer oder sonstiger Wettbewerb nicht zu fürchten war. Wenn es zum Friedensschlusse kommt, muß es den Deutschen unmöglich gemacht werden, aus neue Handelskonventionen auszuhandeln, die zehn Jahre laufen und mit einjähriger Kündigung aufgehoben werden können, zum Schaden unserer Handelskreise. Es ist uns nicht möglich, einen Kompensationszoll gegen Deutschland einzuführen, wir müssen aber auch gegen Angriffe geschützt sein, die nur den Deutschen zugute kommen, dagegen unsere eigenen Industrien schädigen.

Das ist sozusagen Realpolitik, Berücksichtigung und Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse wie sie sind, Bahnebnung des eigenen Vorteils durch Verständigung mit dem Gegner. Und wäre es denn nicht selbstschädigende Unklugheit Deutschlands, nach den Bestrebungen des erwähnten Kartells Rußland gegen seine eigene Absicht im Frieden zur Aufstellung eines Kartells gegen uns

zu zwingen, auf den ungeheuren russischen Markt, der mit der Zeit auch noch immer aufnahmefähiger werden wird, zu verzichten?

Die sechs Verbände: Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Bund der Landwirte, Bund der christlichen Bauernvereine, Deutscher Bauernbund und Reichsdeutscher Mittelstandsverband, die das „Kartell der schaffenden Stände“ bilden und die die gleichen Organisationen sind, die ein beängstigendes Annexionsziel für das siegreiche Deutschland verfolgen, haben, wie in Nr. 39 der Metallarbeiter-Zeitung (Seite 167) zu lesen, Richtlinien aufgestellt zur Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse zu Frankreich und Rußland bei Friedensschlusse sowie unserer handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn.

Diese hochkonzentrierten und abschließenden Bestrebungen des famosen Kartells stoßen aber auch in Deutschland selbst bei Industriellen auf Gegnerschaft und erst recht müssen sie die Arbeiter ablehnen, die durch die Erreichung solcher Ziele auf das schwerste geschädigt werden würden. Und darum auch richtet Herr v. Gerlach in der Welt am Montag die beachtenswerte Mahnung an die Arbeiterorganisationen:

Die Wirtschaftsverchworenen suchen, wie wir hören, einen Druck auf die Regierung auszuüben. Ich halte es für selbstverständlich, daß sie von vornherein keine willigen Ohren finden werden. Aber sie sind mächtig, zäh und rücksichtslos. Darin liegt immerhin eine Gefahr.

Leben wir in Friedenszeiten, so wäre natürlich der gewaltigste öffentliche Massenprotest geboten. Aber während des Krieges ziemen sich andere Methoden.

Es darf nicht geduldet werden, daß die Regierung nur die Stimmen der einen Seite hört. Sonst könnte sie in Irrtum über die Volkstimmung verfehl werden. Sache der gewaltigen Organisationen der Konsumenten ist es, sich zu rühren. Wenn dem Reichsamt des Innern die Vertrauenswürdigkeit von Schwerindustrie und Landwirtschaft übermitteln werden, so sollen ihm die entgegengegesetzten Forderungen der Arbeitergewerkschaften, der Angestelltenverbände, der Beamtenvereinigungen nicht vorenthalten bleiben. So sollen die gleichfalls bedrohten Kreise des Handels und der Veredelungsindustrie aus ihrer Zurückhaltung heraustreten. Bürgerfrieden ist proklamiert. Aber der Bürgerfrieden darf nicht dazu mißbraucht werden, daß eine Minderheit des Volkes in aller Stille Vorbereitungen trifft, der großen Mehrheit des Volkes unerträgliche Lasten aufzuerlegen. Aktionen, wie die der sechs Wirtschaftsverbände, stellen einen offensiblen und gefährlichen Bruch des Bürgerfriedens dar. Sie erschöpfen die energiegelassensten Gegenaktionen, wenn die Regierung sich nicht sofort, was mir im Interesse des Bürgerfriedens am zweckmäßigsten scheint, zu der Erklärung entschließt, daß sie selbstverständlich den Plänen der Wirtschaftsverbände völlig ablehnend gegenübersteht. Nachdem sie bisher während des Krieges ebenso wie die Militärbehörden sich so oft bemüht hat, auch den Interessen der Konsumenten gerecht zu werden, darf bei ihr ohne weiteres die Bereitwilligkeit zu einer solchen Stellungnahme vorausgesetzt werden.

Ein besonderes und wichtiges Kapitel inmitten aller dieser Bestrebungen bildet das Kartell zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Die österreichische Arbeiterpresse erklärt sich dafür, besonders die Wiener Arbeiter-Zeitung, in der der Genosse Dr. Karl Kenner bereits eine Anzahl Aufsätze darüber veröffentlicht hat. In der Neuen Zeit hat sich auch der Wiener Genosse Siegmund Raff dafür erklärt. Die industriellen und agrarischen Politiker sind wohl nicht auf der ganzen Linie einig in der Stellung zu dieser Frage, aber eine am 29. Juli in Wien abgehaltene Versammlung des Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes erklärte sich grundsätzlich für eine gemeinsame Handelspolitik der beiden Reiche. Es kommt dabei natürlich nicht nur auf die Form, sondern vor allem auf den Inhalt an.

Das Ziel der Arbeiter ist mögliche Verkehrsfreiheit für alle in Uebereinstimmung mit dem Raum und Zeit überspringenden neuzeitlichen Verkehrsmitteln.

Die Metallarbeiter-Internationale und der Krieg

Unter dieser Ueberschrift bringt Il Metallurgico, das Monatsblatt des Italienischen Metallarbeiter-Verbandes, in seiner Juni-Nummer folgende, auf alle Fälle beachtenswerten Ausführungen:

Die Internationale kann nicht zugrunde gehen, da sie eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist.

Der Weltkrieg, der nun zehn Monate dauert, hat tiefe Spuren in das Leben der Völker geschlagen. Nicht nur das wirtschaftliche Getriebe leidet unter seinen Folgen, ja, man kann sagen, daß die wirtschaftliche Organisation sich tatsächlich weit widerstandsfähiger gezeigt hat, als man hätte erwarten sollen und es verstanden hat, sich der neuen Lage weit besser anzupassen, als vorausgesehen war. Dagegen erscheinen die Kräfte, die dieses plötzlich hereingebrochene ungeheure Ereignis in das Ruinwerk der großen proletarischen Kampforganisation, der Internationale, gerissen hat, heute tiefer und sichtbar, als man bei Kriegsbeginn glaubte. Die Arbeiter haben an mehreren Stellen ihren Wörtern verloren; viele halten sie für unsicher und befürchten den endgültigen Zusammenbruch. Und ein solcher Einsturz würde den Untergang des Grundgedankens der modernen Arbeiterbewegung und des modernen Klassenkampfes bedeuten. Wir müßten auf all das verzichten, was den wesentlichsten Gehalt nicht nur unserer politischen Kämpfe, sondern auch unserer gewerkschaftlichen Bestrebungen bildet; es wäre der Untergang unserer idealen Welt.

Zum Glück stehen die Dinge nicht so, wie viele Schwarzseher glauben; und man kann ganz sicher sagen, daß der Krieg nicht im geringsten jene grundlegenden Voraussetzungen angegriffen hat, auf die sich bis jetzt die internationalen Beziehungen und die internationale Einigkeit des Proletariats gründeten. Die Tatsache, daß heute in der gesamten kapitalistischen Welt die Kräfte, die den Krieg herbeiführten, die unterdrückten, die den Frieden wollten, kann nicht als ein Beweis gegen die Internationale angesehen werden, sondern vielmehr als ein Beweis zu ihren Gunsten.

Die Chauvinisten, die glauben, der günstige Augenblick sei gekommen, jede Nation in einer Art chinesisches Mauer einzuschließen, bemühen sich dennoch, mit allen Kunstgriffen den Haß gegen jede fremde Nation zu schüren. Nach dem Kriege werden sie wohl zu der Einsicht gelangen, daß auch der Weltbrand nicht fähig ist, die Grundgesetze des kapitalistischen Organismus zu ändern und daß die Staaten die internationalen Beziehungen werden wieder anknüpfen müssen, die durch den Krieg gestört wurden, und zwar, weil in einem abgeschlossenen Staate nicht genügend Raum vorhanden ist für das kapitalistische Ausdehnungsbedürfnis. Der Krieg wird gewiß viele Veränderungen mit sich bringen, aber niemals wird er die Klassenunterschiede aufheben können, noch den Kapitalismus als internationale Macht aus der Welt schaffen. Die proletarische Internationale ist nicht tot, weil sie ihre Wurzeln in unabänderlichen wirtschaftlichen Tatsachen hat und ihre Stärke aus dem unabwendbaren Geschehen schöpft. Die proletarische Internationale kann nicht zugrunde gehen, weil kein Krieg für immer die internationalen Beziehungen zwischen den Völkern unterbrechen kann und weil die proletarische Internationale eine notwendige Folge solcher Beziehungen ist.

Die Kollegen des Französischen Metallarbeiter-Verbandes ließen uns die Kundgebung zukommen, die sie in ihrer Zeitung gelegentlich des 1. Mai veröffentlichten wollten. In Italien wurde ihre Kundgebung vom Avanti veröffentlicht und machte guten Eindruck. Auch wir hätten sie in unserer Zeitung wiedergegeben als einen Beweis der internationalen Treue, die unsere französischen Genossen besetzt und als Zeugnis unserer herzlichen Einigkeit mit dem Proletariat eines Landes, das härter und ungerechter vom Krieg heimgesucht wurde. Aber da die französische Zensur viele Zeilen der beherzten Kundgebung gestrichen hat, hat es auch ihre italienische Mitbewerber nicht verübt, ihrem Beispiel zu folgen und wir ziehen vor, uns für die veräußerte Veröffentlichung der Kundgebung dadurch zu entschädigen, daß wir unseren französischen Genossen den glühendsten Ausdruck unserer Zusammengehörigkeit zukommen lassen.

Worte, die nicht überzeugen.

Auf dem Kongreß des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes ergriß der Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes, Schilde, das Wort, um daran zu erinnern, wie die alte Internationale sich erhob und jetzt, trotz des Krieges, sicher ihre Geltung wieder erfüllen können. Obwohl die besten Kräfte der Arbeiterklasse — so sagte Schilde — auf den Schlachtfeldern ihr Blut vergießen, so wird doch der Krieg die Organisationen nicht zerstören können, weil in jedem Lande die größten Anstrengungen gemacht werden, sie so fest wie möglich zusammenzuhalten. Es wird nicht möglich sein, in Zukunft den Frieden zu erhalten, wenn es keine starken, nationalen Organisationen geben wird, die entschlossen gegen den Krieg sind. Die „heilige Einigkeit“, die von den Völkern so laut verkündigt wurde, wird sich nicht behaupten können, und die kapitalistische Ausbeutung wird nicht zögern, die alten Meinungsverschiedenheiten wieder aufzufrischen. Wir wissen, daß nicht die Ermordung eines Fürsten, sondern wirtschaftliche Unterschiede den Krieg hervorgerufen haben. Schon seit langem hatten die besten Arbeiter das Vorgefühl von dem Eintreffen einer Katastrophe, und überall hat sich die Arbeiterklasse gegen den Krieg erklärt; doch ist es ihr leider nicht gelungen, ihn zu verhindern. Der Kapitalismus war stärker als die Arbeiterinternationale, der Geist des Bösen triumphtierte. Wie der Krieg auch endigen möge, so ist doch gewiß, daß der Kapitalismus weiterbestehen und daß die Form seiner Produktion sich nicht ändern wird. Folglich wird auch die Arbeiterinternationale weiterbestehen müssen, sei es auch nur, um der Ausbeutung des Proletariats entgegenzutreten.

Die Gedanken, die Schilde in Bern aussprach, stimmen überein mit denen, die wir seit Kriegsanfang überall festgehalten haben im Wortstreit mit jenen Gegnern, die da behaupteten, die Internationale sei endgültig aus der Welt geschafft. Aber wir wissen nicht, ob Schilde mit Ueberzeugung und Aufrichtigkeit gesprochen hat. Denn wir wissen — und wir haben keine Lust, dies zu vergessen —, daß Schilde sich wohlweislich gehütet hat, dieselben Gedanken in den ersten Kriegsmonaten auszusprechen. Die deutschen „Genossen“ haben gesehen, wie der Krieg ausbrach, während sie eben ihre eindrucksvollen Versammlungen gegen den Krieg beendeten. Und sofort haben sie die „vollendete Tatsache“ mit einer Begeisterung angenommen, die des vollkommensten Patrioten und des demütigsten Untertanen Wilhelms würdig war.

Glaubten die deutschen Organisatoren, mit dem Geschwäh in den Versammlungen ihre Pflicht gegen die Internationale vollständig erfüllt zu haben, oder gestanden sie ihre Ohnmacht ein, einen wirksamen Druck auf die Regierung ihres Landes dadurch auszuüben, daß sie sie davon zurückhielten, den schrecklichsten der Kriege zu entfesseln? So müßten sie mindestens in beiden Fällen während des Krieges schweigen und sich darein fügen, sich für ihren Kaiser ohne ein Wort der Widerrede loszuschlagen zu lassen. Statt dessen heilten sie sich mit unglaublichem Eifer, alle Verheerungen Deutschlands zu rechtfertigen, sich mit den obersten Klassen in Verhandlungen einzulassen, ja sogar ihrem Kaiser und ihrer Regierung zugestimmen.

Wir werfen den deutschen Sozialisten nicht Mangel an tatkräftigem Widerstand gegen den Krieg vor, da wir verstehen, daß sie, trotz ihrer Stärke, keineswegs darauf vorbereitet sein konnten, der äußersten schweren Gefahr die Stirne zu bieten; es sind ihre unverständlichen Bestrebungen zur Rechtfertigung des Krieges und der von den Heeren des Kaisers begangenen Schändlichkeiten, was uns am meisten erzürnt hat.

Schilde war derselben Meinung mit allen anderen deutschen Organisatoren und in der Zeitschrift der Metallarbeiterinternationalen bemühte er sich vorsichtig, in dem deutschen Verbande mit mehr Rücksicht, die Genossen in den neutralen Ländern davon zu überzeugen, daß das deutsche Proletariat nicht anders hätte handeln können. Die verschiedenen Schilde wollten uns auch etwas den Kopf waschen, weil wir uns darauf verließen, ihre Rechtfertigungen

nicht für beweiskräftig genug zu halten. Statt dessen zeigt jetzt Schilde, daß er anderen Sinnes geworden ist und reißt nach Bern, um dort im sozialistischen Sinne zu sprechen, und hört auch, ohne jeden Einwand, die Rede des Genossen Bed vom Berliner Arbeiterverband an, der freimütig von Frankreich und vom verurteilten Belgien spricht und auf die Notwendigkeit hinweist, die französischen und englischen Genossen anzudecken.

Wir haben also auch das Recht, zu fragen, ob Schilde nach Bern gereist ist, um zu zeigen, daß er sich auf dem Wege der Genesung von nationalen Ausschlag befindet, oder ob der Druck, der von einigen Metallarbeiterorganisationen auf ihn ausgeübt wurde, ihn dazu bestimmte, seinen patriotischen Eifer zu bämpfen.

Wir wissen, daß nicht alle deutschen Metallarbeiter die Ansichten der Verbandzeitung billigen, und irgend eine Vertretungsstelle hat Anträge angenommen, die sie offen tadeln.

Vielleicht lassen die Erklärungen Schildes verstehen, daß sich in Deutschland eine starke Strömung gegen die kriegerische Haltung der Organisationsleiter und Organisationen behauptet. Und wir nehmen diese tröstlichen Anzeichen mit Befriedigung, aber auch mit berechtigtem Misstrauen auf. Einige wenige Erklärungen genügen in der Tat auch nicht, um die Schuld der deutschen Sozialisten gegen die europäischen Genossen vergessen zu machen. Gewiß werden sich nach dem Kriege alle Internationalen neu bilden, aber ihre Eigenheiten von Berlin und Stuttgart wegverlegt werden, und wenn die deutschen Genossen aufs neue würdig sein wollen, solidarisches Beziehungen mit den Organisationen des Proletariats der ganzen Welt festzusetzen, so müssen sie sich mit ihren Genossen von ihrer Verantwortung reinigen und befreit sein, das deutsche Proletariat von den schmarotzerischen und militaristischen Kasten zu befreien, mit denen bis jetzt die deutschen Sozialisten die Verantwortung am Kriege haben teilen wollen.

Firmen der Orthopädiemechanik verbürgen nicht für die gute Eigenschaft ihrer Erzeugnisse. Für die Kriegsbeschädigten sind das sehr bedenkliche Zustände, da doch von der guten Beschaffenheit der Ersatzstücke oftmals ihre ganze Einkommensmöglichkeit abhängig ist. Für die Beschädigten muß das Beste gerade gut genug sein. Die Ärzte können die Apparate wohl nach der anatomischen und orthopädischen Seite hin prüfen, über die Eigenschaft der Arbeit vermögen sie aber doch meistens kein genügendes Urteil abzugeben.

Der Grund für diese unerfreuliche Tatsache ist in dem heftigen Wettbewerb zu suchen, der in dem Zweige wütet. Die gegenseitigen Unterbietungen erreichen einen Grad, die nur auf durchaus mangelhafte Arbeit oder auf ganz geringe Arbeitslöhne zurückzuführen sind. Zu einem Teil muß beides zugleich angenommen werden. Eine große Zahl nicht genügend ausgebildeter billiger Leute macht zurzeit die Sache nicht leichter und die Zerissenheit im ganzen Beruf hat dann das Ihrige noch dazu getan.

Die verschiedenen wirtschaftlichen Verbände der Chirurgie- und Orthopädiemechanik in Deutschland halten sich ein chirurgisch-technisches Korrespondenz-Blatt, dessen Schriftleitung offenbar von einem Registraturbeamten im Nebenamt ausgeübt wird. Das Korrespondenzblatt dient den Mitgliedern als Zummelplatz ihrer Beschwerden und Ansichten und man vermehrt eine feste eigene Stellungnahme der Schriftleitung. Aber gerade der erstere Umstand macht das Blatt in hohem Grade "interessant". Der ganze Streit um die, sagen wir wirtschaftliche Seite der Protthesenfrage rollt sich nun in dem Korrespondenzblatt ab. Es hätte für die Arbeiterschaft eigentlich nur eine nebensächliche Bedeutung, wie die Herren Unternehmer sich wegen ihres Wettbewerbs auseinandersetzen. Aber es liegt dabei die Sache der Kriegsbeschädigten auf dem Spiele, unserer Kollegen und Freunde, denen es nicht gleichgültig sein kann, wie ihre Gliederersatzstücke beschaffen oder gearbeitet sind.

Der ganze Streit wurde eingeleitet durch eine Bemerkung in der deutschen Schuhmacherzeitung "Der Schuhmachermeister, welcher Blatt" die Anfertigung eines Ersatzfußes für einen amputierten Fuß" behandelte. Der Aufsatz schließt: "Der Preis für einen solchen Apparat ist 100 bis 120 M. Der Stiefelpreis extra. Die Wandagistenarbeit beläuft sich ungefähr auf 30 bis 35 M. Man sieht, daß bei einiger Übung mit einer solchen Vorfertigung ein gutes Stück Geld verdient ist. Die Nachfrage nach solchen Apparaten wird eine unbedingte Folge des Krieges sein. Darum, liebe Leser, Studium und Übung, damit, wenn die Anforderung an euch herantritt, ihr leistungsfähig seid und nicht etwa Stunden und somit euren Verdienst zum Verhängnis werden müßt." — Man kann nun wohl mit Recht eine solche Art empört sein. Es ist nicht anzunehmen, daß ein Schuhmacher ein brauchbares Ersatzglied fertigen kann und es ist ein verwerflicher Eigennutz, sich auf solche Weise Geld zu verdienen. Aber nun kommt die Hauptsache. Die von den Unternehmern vereinbarten Preise werden ganz gemaltig unterboten. Hier einige Beispiele: Eine rheinische Firma liefert an die Lagarrette Protthesen zu folgenden Preisen. Die Zahlen in Klammern sind die unter den Unternehmern vereinbarten Preise.

Künstliches Bein für Oberschenkel netto 109 M. (180 M.)	Unterschied 40%
Stiefel für Oberschenkel	= 36 = (70) 49%
Unterschenkel mit Kniegelenk	= 58,50 = (80) 27%
Oberschenkel mit Kniegelenk	= 64 = (100) 46%
Künstlicher Oberarm, Damen beweglich	= 58,50 = (110) 47%

Die vereinbarten Preise sind gewiß so bemessen, daß die Unternehmer Geld verdienen können. Wenn aber solche Preisunterbietungen vorhanden sind — und das scheint in einer großen Anzahl der Fälle zu sein —, so deutet das darauf hin, daß hier manches faul ist. Zur Beleuchtung der Dinge erzählt dann ein Geschäftsmann: "Neulich habe ich einen Arm gesehen, den D. geliefert hat. Er hat sich für die Hand von dem armen Kerl noch 20 M. zugulden lassen. Erstens hatte der Arm keine Feststellung und fiel ihm natürlich bei jeder Bewegung herunter. Die Hand konnte er rings herum drehen. Das Handgelenk war so stark wie bei einer Kinderhand, unten der Rieter war gestift, da er ihm wohl zu eng ausgefallen war. Da die Hand ganz roh war und Messingnieten zu sehen, kaufte der Mann sich bei uns einen fleischfarbenen Handschuh aus Gummi, damit man das nicht so sieht. Weißt du, welcher Handschuh gepakt hat? Damengröße Nr. 6, also kleinste Nummer für eine ausgearbeitete Hand von einem Bauernjungen! Die haben doch gewöhnlich nicht die kleinsten Hände. Zum Schluß war der Arm noch vier Zentimeter zu kurz." — Beschwerden solcher Art und über mangelhafte Beschneider sind nicht selten.

Die Redigialabteilung des Kriegsministeriums zu Berlin mußte anfangs Februar dieses Jahres in einem Rundschreiben zu den Beschwerden Stellung nehmen. Sie empfiehlt, für jeden Körperbezug die Bereinstellung der Lieferung durchzuführen. Die Redigialabteilung weist dann ausdrücklich darauf hin, daß die Anfertigung der Ersatzteile nach Maß erfolgen solle. Tatsächlich ist es vorgekommen, daß bereits fertige Glieder, also Lagerware, den Soldaten verabsolgt wurden. Das Wichtigste aus dem Rundschreiben des Sanitätsamtes ist eine Stelle, wonach angeregt worden sei, in eigenen, den orthopädischen Lagereiten angelegten Werkstätten die Herstellung künstlicher Glieder selbst zu übernehmen. Voraussetzungen für diese Maßnahme sind die durch die Einrichtung der Werkstätten entstehenden Ausgaben sind durch die geringeren Kosten für die Ausführung selbst bald einzubringen. Gegen diese Anregung laufen natürlich die Unternehmer Sturm. Tatsächlich aber erscheint eine solche Regelung der Frage zwingend notwendig, wenn nicht die Kriegsinvaliden den Schaden haben sollen. Die Chirurgie- und Orthopädiemechanik hat sich in wirtschaftlicher und organisatorischer Beziehung eben nicht als auf der Höhe der Zeit stehend erwiesen und man kann die begründeten Bedenken darüber doch nicht unterdrücken.

Zur Arbeiterfrage muß aber hier noch ausgeführt werden, daß der Mangel an tüchtigen, eingearbeiteten Leuten ebenfalls zu bedenken Anlaß gibt. Wohl haben zahlreiche Schlosser, Schmiede und Mechaniker sich der Orthopädiemechanik zugewandt und es ist auch nicht zu zweifeln, daß diese Leute ihr Bestes leisten werden. Die Arbeit des Orthopädiemechanikers bedarf aber neben handwerklicher Geschicklichkeit doch auch einiger weitergehender Kenntnisse über den Bau und das Wesen der menschlichen Gliedmaßen. Wenn auch hierin die Ärzte einen großen Teil dieser Arbeit abnehmen, so bleibt doch für die sachgemäße Herstellung künstlicher Gliedmaßen für den Mechaniker noch manches übrig. Das wird durch den Krieg noch in höherem Maße bedingt werden. Eine so eingehende Ausbildung genießen die meisten der jetzt in den Beruf übergetretenen Leute nicht. Aber sie sind mit vielen Arbeiten sehr vertraut geworden und bilden durch ihre Zahl zu einer späteren Zeit als Lohnbrüder eine Gefahr. Hier wird es eine Aufgabe der Organisation sein müssen, dies zu verhindern. Der Chirurgie- und Orthopädiemechanik eröffnet sich für die nächste Zeit eine gewinnreiche Zukunft. Die Arbeiterschaft wird es in ihrer Hand haben, diese Zeit für sich nicht ohne eigenen Erfolg verstreichen zu lassen. Daneben aber hat die Gesamtheit der Arbeiterschaft auch ein lebhaftes Interesse daran, daß die Opfer des Krieges nicht durch mangelhafte Ersatzstücke geschädigt werden.

J. Kurtz.

Unser Verband in der 58. Kriegswoche

Das Ergebnis unserer Erhebung über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 58. Kriegswoche wird in nachstehender Übersicht dargestellt. Von den Verwaltungstellen Greifswald, Köllin, Neustrelitz, Lohorn, Litz, Senftenberg, Wriezen, Ubbau, Alfeld, Werka, Götze, Gräfenhain, Rudolfsstadt, Schönbeck, Stendal, Tangermünde, Schleswig, Uetersen, Erbach, Wiefen, Lambrecht, Vrach, Singen, Pegnitz sind hierzu keine Berichte eingegangen.

Übersicht über die Zeit vom 5. bis 11. September 1915

Bezirk	Verwaltungsstellen haben		Mitgliederzahl am Anfang der Woche	Mittelsabgang über Haupt	Davon vom Geur. einbezogen	Mitgliederzahl am Schluß der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
	betriebl.	nicht betriebl.							
1.	31	5	6399	69	37	6390	17	0,9	147
2.	24	—	5554	76	45	5778	25	0,4	187
3.	31	2	8051	92	58	7959	41	0,5	222
4.	53	1	39850	456	246	39394	858	0,9	1656
5.	75	8	91133	516	351	90617	138	0,5	809
6.	41	2	33638	417	162	33121	97	0,3	606
7.	59	—	25504	274	160	26290	76	0,3	695
8.	26	2	11899	140	88	11759	49	0,4	255
9.	49	8	19875	264	137	19611	1316	6,7	1480
10.	41	1	21855	204	125	21651	426	2,0	1675
11.	1	—	64023	297	297	63726	845	1,6	2080
Zuf.	411	24	267991	2811	1706	265170	8387	1,3	9822

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugereisten und Neuaufgenommenen.

Die Zahl der Kranken, die für die Berichtswochen 2817 beträgt, hat gegen die Vorwoche, wo es 2835 waren, ein wenig abgenommen. An Krankenunterstützung gelangten in der Berichtswochen 10452 M zur Auszahlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 3. Oktober der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Oktober 1915 fällig ist.

Anforderung zur Rechtfertigung.

Das nachfolgend genannte Mitglied wird aufgefordert, sich wegen der gegen ihn beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Beschluß des Vorstandes:
Der Kupferschmied Wilhelm Köhler, geb. am 14. Februar 1869 zu Erfurt, Buch-Nr. 1,679899, wegen Markenmanipulationen.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rötterstraße 16a; auf dem Postfach nicht ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Auch bezüglich nachfolser Rohre hat sich die erfindende Tätigkeit in der letzten Zeit geregelt. Es sei zuerst ein gewisses „Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung nachfolser Rohre“ (286 301, F. Schiller in Essen a. Ruhr) kurz vorgeführt. Hier wird ein rohrförmiges Schneidwerkzeug mit Kurbel und Ergatter in eine hin und hergehende Bewegung gesetzt, wobei es mit der Schneide auf ein rundes Arbeitsstück wirkt, das von ihm umfaßt wird. Von diesem wird auf solche Weise eine Schicht von gewisser Dicke abgeschält. Das abgeschälte Material wird dann durch eine Hohlbohrer umgestülpt und an der Innenumwandung eines Zylinders so geführt, daß ein richtig gestülptes Rohr entsteht.

Erwähnt sei noch ein anderes „Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung nachfolser Rohre“ (285 989, F. Schmitt in Loh). Es ist ein Verfahren in Gebrauch, das darin besteht, daß ein vorgelegtes Werkstück über einem langen Dorn in einem sogenannten kontinuierlichen Walzwerk auf einem ziemlich stark ovalen Rohr ausgewalzt wird, worauf der Dorn auf einer Ziehbank wieder aus dem Rohr herausgezogen wird. Infolge des erheblichen Widerstandes wird aber dabei das Rohr so stark auf seine Stützfäche gedrückt, daß sich das gestülpte Ende auf einem quaternartigen Gebilde erweitert. Ist der Dorn entfernt, so wird das Rohr am einen Ende zu einer Angel zusammengedrückt, damit man es hier mit einer Ziehstemme fassen kann. Darauf wird das Rohr auf seine ganze Länge in einem Ofen wieder auf Rotglühhitze gebracht, um schließlich auf einer Walz gezogen zu werden. Die Erfindung will nun die Herstellung in einer einzigen Hitze ermöglichen und überhaupt den ganzen Vorgang vereinfachen. Dazu wird folgender Beschluß erlassen: Der in bekannter Weise auf einer Walzwerk, einem Scheibenwalzwerk, einem Stragelwalzwerk oder dergleichen hergestellte Hohlbohrer wird in einem kontinuierlichen Walzwerk unter Verwendung eines Langdornes zu einem ungeraden Rohr von üblicher Dimension ausgewalzt. Aus diesem Walzwerk gelangt das Rohr nun mit dem in ihm stehenden Langdorn unmittelbar — gegebenenfalls durch entsprechende Transportholen oder sonstige Vorrichtungen — zu einem Stragelwalzwerk, das das Rohr vollkommen rund walzt, wobei es sich zugleich von dem Dorn löst. Beim Durchgang durch das Stragelwalzwerk wird schließlich mittels eines festliegenden Dornes der im Rohr befindliche Langdorn herausgezogen.

Technische Rundschau

Neue Patente, betreffend Blech, Rohre, Draht und Walzwerk

Eine Maschine zur Herstellung von Arbeitsplatten für Schienenwagen, Halten oder dergleichen mittels an entgegengesetzten Seiten des Materials angebrachter drehbarer Rollen“ stellt folgende Erfindung (284 287, S. Dahlmann in Stockholm) dar. Das zu bearbeitende Material wird in Stangen- oder Drahtform und in angeordnetem Abstand in die Maschine eingeführt und dort auf der einseitigen Oberseite bearbeitet. Die weitere Behandlung der Werkstücke — die Anbringung von Rippen und dergleichen — wird dann später in einer anderen, entsprechend eingerichteten Maschine ausgeführt. Das Neue besteht darin, daß zwei auf einer Seite stehende Rollen über den Hauptrollen der Maschine angebracht werden, durch die den Werkstücken, die die Rollenhalter tragen, eine schwingende Bewegung erteilt wird, so daß sich die in den Werkstücken befindlichen Stellen der Rollenhalter abwechselnd auf das Material zu- und von ihm weg bewegen. Hierdurch wird ein wechselnder Querdruck beim Bearbeiten erzeugt. Nach beendeter Bearbeitung wird dann das Werkstück in bestimmter Weise durch einen Vorrichtung von dem übergen Material abgetrennt.

Das gewöhnliche Verfahren zur Herstellung von Hohlblechen besteht darin, daß ein Blechstück, das der nötigen Dicke ist, an einem Ende umgebogen wird, worauf die zur Anfertigung der Hohlbleche erforderlichen Bearbeitungen eingeleitet werden. Mit diesem Verfahren lassen sich jedoch keine Hohlbleche von übermäßig großer Stärke herstellen. Denn die Hohlbleche, die der Fallarbeit unterliegen, sind von unregelmäßiger, unvollkommener Form. Einziges Gegenmittel besteht darin, das Blech vor dem Umformen zu erwärmen. Um diesen zu entgegen, wird bei einem Verfahren zur Herstellung von Hohlblechen nach Gellert (285 768, E. Schöner in Nürnberg) vorgeschlagen, daß man ein Blechstück aus gewöhnlichem Material verwendet. Dieser Draht wird nach dem in bekannter Weise erfolgigen Umbiegen unter einer bestimmten Presse bearbeitet. Nach dem Bearbeiten des Drahtes beginnt die Arbeit. Nach dem Draht

können die Hohlbleche vollkommen rissfrei liefern, und die rissfreie Oberfläche bleibt auch beim Umbiegen und beim Flachdrücken erhalten. Eine „Blechbiegemaschine, bei der das Blechgezeug in einem um eine feste Achse schwenkbaren Rahmen befestigt ist“ (285 799, J. Henning, Maschinenfabrik in Rehringen), stellt eine Ausgestaltung an sich bekannter Maschinen dar. Bei Vorrichtungen solcher Art ist dieser schwenkbare Rahmen in der Regel als Zahnrad ausgebildet. Er wird durch ein Zahnradtriebwerk von Hand oder maschinell um die feste Achse in Drehung versetzt, wobei das außerhalb des Rahmens festgehaltene Blech nach einem Kreisbogen geführt wird. Vorrichtungen dieser Art wurden aber bisher nur zur Herstellung von gewöhnlichen Werkstücken durch Biegen von Blechplatten in U-Form verwendet. Der Erfinder will nun eine solche Maschine auch zum Biegen von Kesselschalen, Panzerplatten und dergleichen verwenden lassen. In diesem Zweck gefastet er das Blechgezeug als ein schwenkbar angeordnetes Walzwerk aus, dessen eine Walze in einem Gehäuse beweglich ist, der Längsrichtung zur anderen Walze verläuft. Weiterhin wurde ferner ein Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung von Rohren und profilierten Hohlblechen durch Biegen eines Blechstreifens zwischen mehreren Walzpaaren“ (285 609, Walzwerk, Maschinenfabrik in Nürnberg a. Rhein). Das Neue besteht darin, daß der Dorn, mit dem gearbeitet wird, beweglich angeordnet ist, und daß der Dornkopf, der der Form der zu erzeugenden Hohlbleche entsprechend gestaltet und austauschbar ist, an einem Ende eines schief ausgeprägten Profils während des Biegevorganges gegen die untere der beiden Fertigungswalzen gedrückt wird. Ist der Dorn fest zwischen den beiden Fertigungswalzen angeordnet, so wird das zu erzeugende Profil nicht scharf ausgeprägt. Befindet es sich nicht möglich, eine unabhängige Bewegung für die Fertigung der Rohre oder Hohlbleche des Profils voneinander zu erzielen. Diese Entzerrung wird vielmehr je nach der Spannung im Material mehr oder weniger erreicht. Durch jedoch der Dorn einseitig fest auf das Material und gegen die untere der beiden Fertigungswalzen, so nähert sich die obere Walze der Seitenwand des Profils an. Spezial kann der Dorn der Erfindung folgendermaßen angeordnet werden. Es ist die obere Walze des letzten Dorns auf eine schwenkbar angeordnete Dornspitze ausbildet, so daß der Dornkopf gegen die untere Fertigungswalze drückt.

Berichte

Metallarbeiter.

Essen (Ruhr). Am 25. Juli tagte unsere Generalversammlung. Sie nahm zunächst den Bericht vom Verbandstag entgegen, der vom Delegierten Steinlopf erstattet wurde. Der Redner wies darauf hin, daß die Metallarbeiter-Zeitung sehr eingehend berichtet habe und er jedem Kollegen nur empfehlen könne, die in Betracht kommenden Nummern nachzulesen. Die Auffassung Severings, der sich lieber unter die Polizeijurisdiction, als unter die der Leipziger Mitglieder stellen wolle, könne er nicht teilen. Für die Staffelleistungen habe er gestimmt und ebenfalls auch für die Vorschläge, die von der Kommission für die Regelung des Unternehmerrates gemacht wurden. Die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung habe einen schlechten Tag gehabt. Die Mehrzahl der Redner habe sich gegen ihre Schreibweise ausgesprochen. Den Standpunkt der Essener Mitgliedschaft habe er dort zum Ausdruck gebracht. Mit der Annahme der Resolution Quas seien sämtliche gedruckten Urträge zum Punkt „Verbandsorgan“ dann erledigt worden. Entschieden müsse er sich aber gegen den Redakteur Quis stellen. Die Ausführungen dieses Kollegen habe er beim Punkt „persönliche Bemerkungen“ nicht richtig gehört. Nachdem er aber den Bericht in der Metallarbeiter-Zeitung nachgelesen, habe er gefunden, daß Quis die Sache so hingestellt habe, als wenn die Generalversammlung der Essener Mitgliedschaft vom 9. Mai dieses Jahres anderer Meinung gewesen sei, als die ihr vorausgegangene Vertrauensmännerprüfung, die mit überwältigender Majorität die Stimmerechtheit sowie die Einseitigkeit der Metallarbeiter-Zeitung, besonders bei Behandlung innerer Parteifragen, verurteilt habe. Die heutige Generalversammlung müsse zeigen, daß sie hinter ihrem Vertrauensmännerkörper stehe. In der Diskussion erklärt Scheerer, daß er mit der Abstimmung des Delegierten über die Besichtigung der Parteischule nicht einverstanden sei. Nach weiteren kritischen Bemerkungen empfiehlt er die Annahme folgender Resolution:

„Die am 25. Juli tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Essen, erklärt nach Entgegennahme des Verbandstagsberichts folgendes: Um dritten Verbandstag versuchte der Kollege Quis bei Punkt „Verbandsorgan“ die Essener Resolution so hinzustellen, als ob sie ein nur von ein paar Kollegen angenommenes Schriftstück sei. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Generalversammlung auch heute noch den Gedanken der damaligen Resolution vertritt und geschlossen hinter dem Vertrauensmännerkörper steht. Die Versammlung bedauert, daß Kollege Quis auf dem Verbandstag die wichtige Bemerkung eines Kollegen, der übrigens selbst Befürworter der Resolution war und noch ist, dazu benutzte hat, eine wohl begründete Resolution abzutun und sie führt dies auf eine vollkommen falsche Berichterstattung zurück. Aus diesem Grunde erwartet die Generalversammlung von dem unbekannten Berichterstatter, bei gelegentlichen Anlässen mehr Objektivität walten zu lassen.“ Im Sinne der Resolution äußerten sich noch Bogdan und Sager, dann wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Nach einem Schlußwort des Delegierten, in welchem dieser betonte, daß er kein grundsätzlicher Gegner der Besichtigung der Parteischule sei, wurde die Resolution gegen sechs Stimmen angenommen. — Hierauf berichtete Gähnen über den Ausgang der Besichtigung, die beim Oberkommando in Münster wegen der Versammlungsbeschränkungen durch die Essener Polizei eingeleitet worden sei. Ferner wies er auf die Kriegslohnzuschläge hin, die ein großer Teil der Essener Metallarbeiter infolge Vorkriegsverdienstes und durch schriftliche Eingaben der Verwaltung erhalten haben. Vermehrte Agitation müsse unter den Metallarbeiterinnen, die jetzt zu Laufenden in der Essener Metallindustrie beschäftigt seien, betrieben werden. Hierauf erstattete Bräuer den Klassenbericht. Der Verwaltung wurde Entlassung erteilt. Mit der Ermahnung, mit vollem Eifer für den Verband zu arbeiten, schloß der zweite Bevollmächtigte die Versammlung.

Erwiderung. Wer so empfindlich ist, wie die in Frage kommenden Essener Kollegen, sollte auf seine eigenen Worte besser achten. Ich werde mich in dieser notgedrungenen Erwiderung jedoch nicht beschränken auf die notwendigsten sachlichen Feststellungen. Die vom Verfasser des vorstehenden Berichts dem Kollegen Steinlopf in den Mund gelegte Bemerkung, „die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung habe einen schlechten Tag gehabt“, gibt der Wahrheit nur unvollständig die Ehre. Ich kann hier aus Rücksicht auf den Raum unmöglich auf alles eingehen, was dazu zur Klärung der Sache zu sagen wäre und mache darum nur einige Bemerkungen über die besondere Essener Angelegenheit. Für den Verbandstag hatten Kollege Scherm und ich vereinbart, daß ich mich unter anderem mit der Essener Resolution vom 31. Januar beschäftigen sollte. Als ich aber dabei war, die nach Ansicht der Essener Kollegen wohl begründete, in Wirklichkeit aber sachlich unhaltbare Resolution auf ihren wahren Wert zurückzuführen, war meine Redezeit abgelaufen. (Protokoll Seite 132 und 133.) Nachdem nun auch noch der Kollege Schumann (Leipzig) Ausführungen gemacht hatte, die bei einem Angestellten in der Arbeiterpresse besonders verwerflich sind, meldete ich mich zum zweitenmal zum Wort, um die Essener Resolution vollends zu erledigen und die Rede des Kollegen Schumann gehörend zu würdigen. Durch den Schluß der Debatte machte man mich jedoch mundtot. Ich nehme an, daß das bei der Mehrzahl des Verbandstages nicht böswillig geschehen ist, aber die Tatsache, daß man der Schriftleitung auf dem Verbandstag die Verteidigung beschränkt hat, läßt sich nicht bestreiten. Kollege Scherm hatte zwar noch das Schlußwort, er konnte aber das, was ich noch sagen sollte, nicht erledigen, denn ich hatte mir für meine Rede nur einige kurze stenographische Bemerkungen aufgeschrieben, mit denen Kollege Scherm nichts anfangen konnte. Nach dem Schlußwort machte der Kollege Steinlopf in einer persönlichen Bemerkung uns den Vorwurf, daß wir die Resolution vom 31. Januar nicht abgedruckt hätten. Dazu stelle ich nochmals fest, daß der Abdruck dieser „wohl begründeten“ Resolution trotz unserer Anfrage von uns nicht verlangt worden ist. Das erwiderte ich auf dem Verbandstag ebenfalls dem Kollegen Steinlopf und verlies dann beiläufig auf die in der Essener Generalversammlung gefallene Bemerkung: „Das die Vertrauensmänner in dieser Sache beschlossen haben, das mögen sie auch selber auflösen.“ Diese Bemerkung soll nach der neuen Resolution ein „Witz“ gewesen sein. Das kann ein gewöhnlicher Sterblicher ihr allerdings nicht ohne weiteres anfechten. Unbestritten bleibt aber, daß die Essener Generalversammlung die ganze Angelegenheit den Vertrauensmännern überwiesen hat. Dies, und nicht die „wichtige Bemerkung“ waren für uns das Entscheidende, und da wir in der ganzen Angelegenheit bis zum Verbandstag nichts mehr hörten, so hatten wir keine Veranlassung, die „wohl begründete“ Resolution abzuändern. Ob die Vertrauensmänner und die Generalversammlung der Essener Kollegen in dieser Sache einig waren oder nicht, kam für die Frage des Abdrucks gar nicht in Betracht. (Ich bin ja auch der Meinung, daß diese welterschütternde Angelegenheit der Mitgliedschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes höchst gleichgültig ist. Aber die Essener Kollegen wollen diese Sache durchaus in der Zeitung erörtern haben. Hoffentlich findet ihr Beispiel keine Nachahmung.) Wenn man meine persönliche Bemerkung unberücksichtigt nachläßt, so kann man schon daraus erkennen, daß von einer Uneinigkeit auch gar nichts drinsteht. Die Essener Kollegen hätten sich also nicht aufzuregen brauchen und sich in ihren Zusammenkünften mit notwendigen Dingen beschäftigen können. Eigentümlich ist dabei noch die Angabe des Kollegen Steinlopf, daß er meine persönliche Bemerkung „nicht richtig gehört“ habe. Kollege Steinlopf muß schon erlauben, daß ich seinem Gedächtnis nachhelfe. Kurze Zeit, nachdem ich gesprochen hatte, zeigte ich ihm den gedruckten Abzug der Resolution vom 31. Januar zum Beweise dafür, daß wir zum Abdruck bereit gewesen waren. Kollege Steinlopf sagte darauf: „Dann hätten Sie aber doch jedenfalls noch Bemerkungen darangebracht.“ Ich erwiderte: „Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß wir die Resolution nicht hatten.“ Ich wiederholte dann dem Sinne nach, was ich schon in der persönlichen Bemerkung gesagt hatte. Kollege Steinlopf erwiderte: „Das war ganz anders.“ Weiter sagte er in dieser Sache aber nichts mehr. Um so eigentümlicher erscheint es nunmehr, daß er erst aus dem Bericht in der Metallarbeiter-

Zeitung hinter den Sinn gekommen sein soll, den er meiner Rede unterstellt. Offenlich ist dies die einzige Unrichtigkeit, die ihm bei seiner Berichterstattung unterlaufen ist. Ich kann nur bedauern, daß wir wegen dieser geringfügigen Sache den knappen Raum der Metallarbeiter-Zeitung in Anspruch nehmen müssen. W. Quis

Essen (Ruhr). Was vor Jahresfrist noch als ein Märchen bezeichnet wurde, das ist seit kurzer Zeit zur Tatsache geworden. In den Betrieben der Schwerindustrie Essens sind bereits laufende weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Sie stehen an den furchtbaren Drehbänken und fertigen Geschosse an, die Tod und Verderben spielen. Wir finden die Frauen in den Hütten und Federwerkstätten wie in den Gießereien, wo sie die schwere Arbeit rüstiger Männer verrichten. Wie lange wird es noch dauern, und die unverbesserlichen Optimisten, die heute noch lächeln erklären: „Unsere Arbeit kann von den Frauen nicht verrichtet werden, wir brauchen deren Konkurrenz nicht zu fürchten“, sind einfach vor vollzogene Tatsachen gestellt. Daß die Frauenarbeit keine Einschränkung, sondern selbst nach dem Kriege sogar noch eine Ausdehnung erfahren wird, das steht für alle da fest, die sich von der Anpassungsfähigkeit der weiblichen Arbeitskräfte täglich überzeugen müssen. Die Arbeiterin hat dieselben Bedürfnisse wie der männliche Arbeiter. Sie hat mit denselben Gefahren und Leiden zu rechnen. Sie untersteht dem Rißord- und mehr oder weniger auch dem aufreibenden Prämienystem, nur mit dem Unterschied, daß sie, selbst bei gleicher Arbeitsleistung, geringer bezahlt wird als ihr männlicher Kollege. Die Einführung der Frauenarbeit in die Großindustrie muß deshalb die Organisierung der Frauen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eintreten. Wir haben aber auch die Pflicht, die Arbeiterinnen vor Enttäuschungen zu bewahren. Es kommt nicht selten vor, daß Frauen auf Grund von Anzeigen in Zeitungen oder persönlicher Mitteilungen weite Reisen unternehmen, um bei sogenannten hohen Löhnen in der hiesigen Eisenindustrie Beschäftigung anzunehmen. Sie sind dann ganz erstaunt, wenn ihre Einstellung nicht erfolgt, weil erst auf die vielen vorgemerkten e l n h e i m l i c h e n Arbeiterinnen, deren Männer und Söhne Kriegsdienst tun, zurückgegriffen wird. Hoffentlich mahnen diese Zeiten die Arbeiterinnen zur Vorsicht. Ehe ihnen von einem Unternehmer eine schriftliche Zusage über Einstellung und Arbeitsbedingungen zugegangen ist, mögen sie an ihrem bisherigen Wohnort verbleiben. Im übrigen ist die Geschäftsstelle unseres Verbandes in Essen gerne bereit, arbeitssuchenden Frauen über die örtlichen Verhältnisse Auskunft zu geben.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 16. September gab Kollege Koch vor Eintritt in die Tagesordnung das Ableben von 14 Kollegen und einer Kollegin sowie 87 seit der letzten Versammlung auf dem Sachverhalte gefallenen Kollegen bekannt, die die Versammlung in üblicher Weise ehrte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung teilte Koch mit, daß bereits vier Kollegen, die für das laufende Geschäftsjahr in die Ortsverwaltung gewählt waren, zum Militär einberufen wurden. Bei der dafür vorgenommenen Ersatzwahl wurden die Kollegen Fritz Schmidt, Ernst Leber, Paul Witz und August Willmann gewählt. Zum zweiten Punkt, Finanzierung des Gewerkschaftshauses, berichtete Koch, daß die Kartellkommission und die örtlichen Organisationsvorstände sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt hätten. Sie haben beschlossen, daß der bisher gezahlte Betrag ans Gewerkschaftshaus, der jährlich auf ein Mitglied 20 M betrug, erhöht werden müsse. Er soll vom 1. Juli an auf 2 M erhöht werden. In diesem Betrag seien dann auch die Kartell-, Sekretariatsbeiträge und der Beitrag für das Bildungswesen enthalten. Es blieben nach Abzug dieser Beiträge für das Haus noch 1,46 M übrig. Die Erhöhung des Beitrags für das Gewerkschaftshaus mache sich aus den durch den Krieg geschaffenen äußerst ungünstigen Verhältnissen notwendig. An der Hand von Zahlen begründete Redner die Notwendigkeit dieser Maßnahme. Bis jetzt sind die für das Haus gezahlten Beiträge aus der Lokallasse entnommen worden, da aber die Summe, die jetzt in Frage kommt, um das Sechsfache gestiegen, auch die Lokallasse durch die verminderte Mitgliederzahl in ihrem Bestand sehr zurückgegangen ist, so ist es notwendig, daß, wenn die Versammlung der Finanzierung in dem von der Kartellkommission und den Vorständen beschlossenen Sinne zustimme, auch eine Erhöhung des Lokaltages beschlossen werde. Mit dieser Frage habe sich die erweiterte Ortsverwaltung und eine Delegiertenversammlung beschäftigt und beschlossen, eine Erhöhung des Lokaltages um 5 M, die Woche eintreten zu lassen. An der Aussprache hierüber beteiligten sich die Kollegen Dittmann, Groeger, Kies, Schmidt, Kraus, Borckig, Schulz und Schmeer. Dittmann ging in längeren Ausführungen auf die Ausführungen von Koch ein, kritisierte die allzu hohen Ausgaben für den Bau, mit der Begründung, daß die inneren Ausstattungen und Einrichtungen zum Teil luxuriös seien, was bei einem Arbeiterheim, wie das Gewerkschaftshaus, hätte vermieden werden können. Auch tabelte er das Verhalten der Geschäftsleitung, daß sie nicht die richtige Sorgfalt und Mühe aufwende, die Geschäfte so zu leiten, wie es notwendig sei. Aus diesen Gründen beantragte er die Ablehnung der vorgeschlagenen Finanzierung. Erst dann könne man dieser Frage näher treten, wenn die Gewähre gegeben sei, daß das, was sich bisher an Wägeln bei der Geschäftsführung gezeigt habe, beseitigt sei, ebenso beantragte er, die Erhöhung des Lokaltages abzulehnen. Kies wendete sich gegen die Erhöhung des Lokaltages. Sollte die Versammlung jedoch der vorgeschlagenen Finanzierung zustimmen, beantragte er, die aufzubringenden Mittel dafür aus der Lokallasse zu bestreiten. Groeger schloß sich in einigen Punkten den Ausführungen Dittmanns an, warnte jedoch, dem Antrag Kies stattzugeben. Schmidt und Kraus wandten sich ebenfalls gegen eine Erhöhung des Lokaltages für das Gewerkschaftshaus. Borckig schloß sich den von der Kartellkommission und den Vorständen getroffenen Maßnahmen an und befürwortete die Erhöhung des Lokaltages; er protestierte gegen einige von Dittmann gemachte Ausführungen. Dem schlossen sich Schulz und Schmeer an. Koch betonte in seinem Schlußwort, an all dem hier Vorgebrachten treffe die jetzige Verwaltung keine Schuld. Man solle doch bedenken, daß die Fertigstellung des Neubaus in die Zeit einer wirtschaftlichen Krise fiel, die ohnedies schon ungünstig auch auf dieses Unternehmen einwirkte. Sogar kam noch, daß der Krieg ausbrach, der bekanntlich alle derartigen Unternehmen schwer in Mitleidenschaft zog, daß bei einem so geringen Betrag der Wirtschaftsbetrieb nicht alles aufzubringen vermag, was zur Bestreitung der Unkosten für das Gesamtunternehmen erforderlich ist. Der neu herausgegebene Halbjahresbericht läßt erkennen, daß sich die Geschäftsleitung alle erdenkliche Mühe gegeben hat. Daß aber trotzdem ein Defizit zu verzeichnen ist, das ist auf die gewaltige Verminderung der Zahl der Kreise der Gewerkschafts- und Parteimitglieder zurückzuführen. Auch die Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes von den Behörden getroffen werden, tragen dazu bei, daß nicht wie in regelmäßigen Zeiten eine Ausnutzung des Betriebes möglich ist. — Die Abstimmung ergab die Annahme der Erhöhung des Lokaltages für das Gewerkschaftshaus mit großer Mehrheit. Die Erhöhung des Lokaltages wurde mit einer Mehrheit von 4 Stimmen abgelehnt.

Rundschau

Erschwingliche Preise für die neuen Kartoffeln
verlangte der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, dem bekanntlich die Berufsorganisationen aller Nichtkatholiken angehören, in einer Eingabe an den Stellvertreter des Reichsanwalts, Dr. Delbrück. Da er trotz des zu erwartenden vorzüglichen Ernteresultates eine Preistreiberei befürchtet, sobald sich bei der Einfuhr der Kartoffeln durch die breite Volksmasse großer Bedarf zeigt, verlangte er als Schutzmaßnahme die Festsetzung von Höchstpreisen. Hierbei soll nicht von dem Wert der Kartoffel als Futtermittel, sondern von den Erzeugungskosten und von der Zahlungsfähigkeit der Konsumenten ausgegangen werden. Der Erzeugungspreis stellt sich auf den Berliner jüdischen Preis für etwa 1,25 M für den Zentner. Wenn auch bei diesen Gütern infolge der höheren Löhne und der erhöhten Vergütung und Amortisation des teuren Bodens in der Nähe der Großstadt (z. B. in

billigen Düngung) höhere Preise als bei den eigentlichen landwirtschaftlichen Großkulturen begründet sind, so will der Kriegsausschuß doch allen Erzeugern in Anbetracht der durch den Krieg verteuerten Herstellungsbedingungen auf diesen Grundpreis einen Zuschlag von 100 Prozent, also einen Verkaufshöchstpreis von 2,50 M zugeföhren. Dem Großhandel sollen hierzu 70 M Zuschlag und dem Kleinhandel 60 M Zuschlag gewährt werden, so daß sich der Zentner Kartoffeln beim Verkauf an die Verbraucher auf höchstens 3,80 M stellen würde. Bei dem 10-Pfundverkauf soll der Kleinhandler statt des genannten Zuschlages von 6 M einen solchen von 8 M nehmen dürfen. Dies ist nach der Meinung des Kriegsausschusses das Äußerste, was bei der Verteuerung aller notwendigen Nahrungsmittel den Verbrauchern zugemutet werden kann. Die vom Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstag angebotenen Höchstpreise nebst einer begrenzten Spannung nach oben und unten für bestimmte Erzeugungsgebiete sollen sich unter den genannten Preisen bewegen. Die Preisuntergrenze für die verschiedenen Sorten müßte der Bundesrat bestimmen. Auf alle Fälle sollen, auch zum Schutze des Handels gegen Ueberfrohungen, die Höchstpreise für Groß- und Kleinhandel gleichzeitig festgesetzt werden. Die Reichsstelle für Kartoffelverföhren soll nach Auffassung des Konsumentenausschusses zum Ausgleich zwischen Ueberfrohung und Bedarfsbeschränkung beibehalten werden. Ferner legt er Wert auf eine einwandfreie Feststellung der Kartoffelbestände und auf die Verteilung der Erzeugungsbefugnis an die Gemeinden. Diese sollen auch angehalten werden, Vorräte für die arme Bevölkerung bereitzustellen, die aus eigenen Kräften eine Verföhren für den Winter nicht vornehmen kann. Mit diesen Beständen würden die Gemeinden dann auch nötigenfalls imlande sein, auf zu hohe, durch die Marktlage nicht gerechtföhigte Verkaufspreise im freien Handel zu drücken.

Wie jetzt bekannt geworden ist, sollen in Anbetracht der guten Ernte keine Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt werden. Es ist anzunehmen, daß es jetzt schwer ist, Höchstpreise festzusetzen, die Erzeugern und Verbrauchern gerecht werden. Möglich ist aber, daß jetzt doch wieder eine unerhörte Preistreiberei einsetzen wird.

Gefängnis wegen Nichtanmeldung einer Versammlung.
Der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Solingen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erhielt einen Tag Gefängnis, weil er eine Werkstattversammlung nicht angemeldet hatte. Gegen dieses Urteil soll Revision eingelegt werden.

Gewerbegerichtliches.
Anfechtung eines nicht berufungsfähigen Urteils. Zwei Former hatten die Firma S. in Berlin auf Zahlung von 11000 Mark verklagt. Ihnen war der Fuß eines 150 Zentner schweren Zylinders mangelhaft. Der Unternehmer führte dies auf ein Verschulden der Former zurück, welche es unterlassen hätten, in der Form eine technische Sicherung (Schoren) anzubringen. Diese Ansicht des Unternehmers wurde durch Gutachten der Sachverständigen, Gießereibesitzer Trendt und Former Seltrich, gestützt. Demgegenüber beriefen sich die beiden Former darauf, daß sie denselben Zylinder früher schon zweimal geföhrt haben, ohne Schoren anzubringen, und daß der Fuß in beiden Fällen gelungen sei. Demnach könne das Verschulden der Schoren in dritten Falle nicht die wirkliche Ursache des Mißlingens sein. Auch habe der Meister, der die Formerarbeiten beaufsichtigte, das Verschulden der Schoren nicht beanstandet. Der Unternehmer wurde von der Kammer 5 des Berliner Gewerbegerichts verurteilt, den Klägern die Hälfte des 11000 Markes zu zahlen, weil ein Verschulden der Kläger nicht nachgewiesen sei und für diesen Fall die tarifliche Vereinbarung in Anwendung kommt, wonach, wenn Ausschuß ohne Verschulden der Former entsteht, die Hälfte des Lohnes zu zahlen ist.

Da es sich um ein nicht berufungsföhiges Urteil handelte, konnte der Unternehmer es nicht anfechten. Er klagte jedoch auf 342 M Schadenersatz für ausgeliefertes Eisen. In der neuen Verhandlung vor dem ersten Sachverständigen wieder gehört. Das Gericht verurteilte nunmehr die beiden Former, Schadenersatz zu leisten. Die Höhe des Schadenersatz soll nach Rechtskraft des Urteils, das jetzt berufungsföhig wurde, festgesetzt werden.

Geselle „Arbeitsgemeinschaft“.
Wie uns aus Berlin berichtet wird, wird dort am 1. Oktober eine „gemeinschaftliche Aussprache“ stattfinden, zu der „der geschäftsföhrende Vorstand des Hauptauschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands“ eingeladen hat. Die Einladungen dazu sind nicht nur an „nationale“ Arbeitervereine, sondern auch an Unternehmer u. s. w. verandt worden. Der Zweck der Zusammenkunft ist, „die Organisation dahin auszubauen, daß er (der Hauptauschuß) in ein direktes Verhältnis zu dem mit ihm durch große gemeinsame Interessen verbundenen Unternehmertum und sonstige Kreise zu kommen sucht und sein Verhältnis zu diesen durch einen Beirat regelt“. Wenn nötig, werden wir noch darauf zurückkommen.

Vom Ausland

Belgien.
Diamantarbeiter. In Antwerpen hatte sich die Diamantindustrie zu erholen angefangen. Die Steine wurden neuerdings über die Niederlande verandt und gingen unter anderem in großen Mengen nach England und Amerika. Weil aber England ein Einfuhrverbot für Diamanten erlassen hat, die aus Deutsch-Südwestafrika stammen oder in Deutschland bearbeitet sind, erließ die niederländische Regierung schärfere Bestimmungen über die Ausfuhrsteine. Nunmehr häuften sich auf dem Antwerpener Markt die belgischen Steine, was natürlich auch den niederländischen Diamantarbeitern nicht gleichgültig sein konnte. Die Folge waren Auseinandersetzungen mit den betreffenden Organisationen. In Wirklichkeit haben unter dem britischen Einfuhrverbot hauptsächlich die Belgier zu leiden. Dort werden zurzeit vorwiegend die billigen Transvaal- und australische Steine bearbeitet. Deutsche Steine sind zu teuer und infolge des Krieges auch nicht mehr zu haben. Die Löhne sind um ein Drittel herabgesetzt worden. Immerhin müssen möglicherweise doch noch ungefähr 200 000 Franken ausgezahlt werden. Der Verband hat die Beiträge gestundet und sucht die Arbeitszeit zu beschränken. Sein auch während des Krieges erscheinendes Wochenblatt dient auch anderen Verbänden für ihre Veröffentlichungen. Die deutsche Werbung läßt das Blatt unbeschädigt.

Großbritannien.
Zum britischen Gewerkschaftskongreß wird uns geschrieben: Die Tatsache, daß auf dem britischen Gewerkschaftskongreß dermaßen ableernde Märgen, wie sie uns bekannt geworden sind, in einer Versammlung von Männern erzählt werden konnten, ohne Widerspruch zu erregen, entnaht die Kritik. Hier ist bloß Mitleid am Platze, Bedauern über diese Verurteilung des tradeunionistischen Geistes. Würde bei uns ein Gewerkschaftsföhler so nach Krieg schreien wie Hobbe, oder eine Unkenntnis der Verhältnisse seines Landes vertreten wie Roberts, oder als Schauermärchenzähler auftreten wie Ben Lillet, er wäre für immer abgetan. Eine Ueberfrohung kann dieser Stimmungsausbruch englischer Gewerkschaftsföhler nun eigentlich nicht sein; durch hundertföhige Ueberfrohungen ist uns ihre Einstellung vor Monaten schon bekannt geworden. Aber neben den mordspatriotischen Stimmen drangen auch andere zu uns, die zu bezeugen schienen, daß die Verurteilung der Weisheit nicht allgemein sei. Daß diese in der Minderheit waren, konnte nicht beweist werden, immerhin durfte man sie für fast genug halten, auf dem Kongreß mindestens die mordspatriotische Stimmung zu befähigen. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen. In Bristol zeigte sich die Opposition auffällig schwächlich; ihren Reden innerhalb wie außerhalb des Kongreßsaales mangelte der Geist des Angriffs; sie beschränkten sich auf die Verteidigung, wenn sie nicht

gar wie ein Rückzug klangen. Und die Abstimmung über die Stellungnahme zum Kriege fand gerade noch ein Fährlein von sieben Wurzeln vor.

Dah die Gegenparte durch die regierungstreue, kriegswillige Begeisterung führender Tradeunionisten zum gemacht worden sei, kann nicht gut angenommen werden. Denn um die Vertreter der Arbeitervereine oder die Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei umzustimmen, bedarf es gewichtiger Gründe als die Worte der Hodges, Roberts und Tillets. Nach des Häufels Lösung braucht nicht lange gesucht zu werden. Die verblüffende Schwächlichkeit der Opposition sowie die geringfügigkeit des von ihr betätigten Widerstandes hat als besonderen Grund die Furcht vor dem Zwangsmilitarismus.

Durch die Drohung mit diesem wird das, was von der Gewerkschaftsmasse widerständig sein mag, der Kriegspolitik der Regierung willfährig gemacht und selbst die Hartnäckigkeit der Opposition nachgiebig, weich gestimmt. Die Furcht, zwei, drei Jahre in die Kaserne gepreßt, also „verpreußt“ zu werden, läßt es zu keinem wirkungsvollen Widerstand gegen die Kriegspolitik der Regierung und gegen die Vernichtung der Errungenschaften und Rechte der Gewerkschaften kommen; sie läßt selbst die Angriffslust der ganz Mutigen im tradeunionistischen Reigen.

Vor drei Monaten verbreitete der Ausschuss für Gewerkschaftsrechte, eine Körperschaft, die ihr Dasein einer Gewerkschaftsversammlung verdankt, ein Flugblatt, worin bitter Klage über die Angriffe auf die Organisation der Arbeiter geführt wird. Der Staat, heißt es darin, „steht den Gewerkschaften alles, was ihnen lieb und teuer ist. Den Kapitalisten aber ist alles gewährt, was sie wünschen, selbst zwangsweise Schiedsgerichte mit Strafverfahren, und das zu einer Zeit, wo eine zahllose Menge Gewerkschafter in den Schützengräben ihr Leben opfert. Der Verzicht auf die gewerkschaftlichen Rechte ist ohne jede Bedingung geschehen, und die Folge wird sein, daß nach Beendigung des Krieges, zur Zeit großer Arbeitslosigkeit, die Arbeiterchaft hilflos, der Kapitalismus dagegen von allen Mächten des Staates geschützt sein wird.“

Solche Klagen, deren Berechtigung nicht zu bezweifeln ist und auch in Äußerungen an den Gewerkschaftslongren ihren Ausdruck fanden, finden jetzt taube Ohren. Allgemein gehört und wohl beherzigt wird nur die Drohung der Regierung und der großen Presse: Wenn ihr die Umverteilung der Soldaten nicht fördert oder sie gar erschwert, wird zur zwangsweisen Aushebung geschritten werden; wenn ihr durch Versteigerung auf eure Lohnverträge und Arbeitsregeln die reißlose Ausnutzung von Maschinen, Männern, Frauen und Kindern für die Geschloßherzeugung hemmt, wird zur Militarisierung der Industrie geschritten werden.

Diese Drohung richten die kapitalistischen Blätter täglich, hündlich an die Arbeitermasse. Der in großem Stille und mit unheimlichem Geschick betriebenen Einschüchterung kann nicht wirkungslos begegnet werden wegen dem Mangel einer Arbeiterpresse. So ist denn die englische Arbeiterchaft der Meinungsämmer der großen Presse zum Opfer gefallen. Die Aussicht, dem Militärdienst zwangsweise unterworfen zu werden, dünkt den englischen Arbeiter so schrecklich, daß er gegen ihre Verwirklichung jedes Opfer bringt. So verzichtet er auf die Errungenschaften seiner Organisation; so läßt er sich umgezwungen seine gewerkschaftlichen Rechte nehmen; so begibt er sich seiner wichtigsten Kampfmittel; so verzeiht er rücksichtslos die Kriegspolitik der Regierung; so läßt er sich die Soldatenverbrei angelegen sein und brandmarkt den als Preußenfreund, der ein mahndendes Wort dagegen richtet. Je gefügiger er sich zeigt, je lauter er die Regierungspolitik preißt, desto sicherer glaubt er dem erzwungenen Militärdienst zu entgehen.

Unbeholfene, ratlose Mangellichkeit, gewiß, die sich aber für die Kriegspolitik wie für das Ausbeuten sehr vorteilhaft erweist. Der Regierung verschafft sie die nötigen Soldaten, dem Ausbeutenden die durch keinen Lohnvertrag oder Gewerkschaftsaktion beschützte Freiheit, Männer, Frauen und Kinder nach Gutdünken auszubenten. Grund genug für die herrschende Klasse, die seitliche Militärdienstzwang unauflöslich zu schwingen.

Eine andere Frage ist freilich, ob die Gewerkschaften durch all ihre Nachgiebigkeit das Schweregepennt beschwören können. Es steht nicht gerade danach aus. Der Gewerkschaftslongren hat man allerdings einstimmsig erklärt: „Wir protestieren nachdrücklich gegen die unheimlichen Bestrebungen eines Teiles der reaktionären Presse, unserem Lande den zwangsweisen Militärdienst aufzuzwingen, der sich immer als eine Last für die Arbeiter erweisen hat.“ Auf diesen Beschluß sind einige Gewerkschaftsführer nicht wenig stolz, andere dagegen protestieren gar nicht so nachdrücklich gegen die unheimlichen Bestrebungen, sondern zeigen sich jetzt schon verächtlich nachgiebig, um nicht zu jagen entgegenkommend. Jedenfalls ist mit bloßen Erklärungen wider die mächtige Spitze, die hinter dem Plan steht, nichts auszurichten. Sie hat jetzt schon einen einflussreichen Teil der Regierung und Mittel, öffentliche Meinung zu machen, die Presse, zu ihrer Verfügung. Wie sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft durch die Drohung mit dem Militärdienstzwang der Kriegspolitik der Regierung und der Wirtschaftspolitik des Ausbeutenden hat willfährig machen lassen, wird sie sich auch, so steht zu befürchten, durch ein anderes Schweregepennt, jagen wir durch die drohende Einnahme Englands durch die Deutschen, gefügig machen lassen. Die politische und wirtschaftliche Reaktion kann dann des Bestes einer weitverbreiteten Presse die öffentliche Meinung für ihre Ziele formen. Dagegen ist die englische Arbeiterchaft machtlos. Sie hat keine Presse und keine selbständige, unabhängige Vertretung im Parlament. Aber sie hat Furcht vor Schweregepenntern. Und die Furcht ist immer ein schlechter Ratgeber.

Nachträgliches vom Gewerkschaftslongren. Der Labour Leader weist darauf hin, daß die Abstimmung von 600 Stimmen gegen 7, womit die Unterstützung der Regierung bei der Fortführung des Krieges beschlossen worden ist, ein unrichtiges Bild von der Stimmung des Kongresses gebe, da in der Tat nicht weniger als 100 Abgeordnete sich der Stimmgabe enthalten haben und auf dem Kongress eine starke Unterströmung der Unzufriedenheit geherrscht habe. Der Labour Leader tadelt es, daß der Kongress die Gefährlichkeiten der organisierten Arbeiter nicht anprecht erhalten habe. Havelock Wilson lobte zum Beispiel sehr, daß ein Teil der deutschen Arbeiterchaft sich dem Kriege widersetze, aber zu gleicher Zeit verurteilte er auf das schärfste diejenigen Teile der britischen Arbeiterchaft, die sich in gleicher Weise gegen den Krieg erklärt habe. Das Unterhausmitglied Hodges hat erklärt, daß er ablehne, an der Sitzung des internationalen sozialistischen Kongresses im Haag teilzunehmen, da er nicht einem Deutschen die Hand geben wolle, die von Dinstriefe.

Berichterstattung von Russisch-amerikanischen. Die Russische Telegraphen-Bureau am 22. September mitteilt, daß das Russische Reich zu Liverpool am 18. September eine Anzahl Arbeiter der Arbeiter-Gewerkschaften wegen heftiger Zeitvergehung bei der Arbeit verurteilt. Der Zeitvergehung habe 15000 Arbeiter zwischen 21 Wochen betrogen. Die Verurteilung des Urteils, das auf bis zu 30 Schweregepennt lautet, erregte bei den Russischen Arbeiterchaften des Unwillens. Der Berichtspräsident wurde bei der Verhandlung des Urteils wiederholt unterbrochen. Auf dem Lande laut: „Es wird Revolution geben! Es ist Zeit, daß die Deutschen kommen, wenn wir so behandelt werden! Was hat Dinstriefe getan? Wir sind keine Sklaven!“ Die Arbeiterchaft wurden aus dem Saale gedrängt und gingen mit lautem Getöse auf die britischen Arbeiterchaft.

Die Nachricht läßt nicht klar erkennen, welche Gewerkschaft mit der „mächtigen englischen Arbeiterchaft“ eigentlich gemeint ist. Dem Wortlaut nach müßte es sich um eine Vereinigung der bei der Papierherzeugung beschäftigten Arbeiterchaft handeln. Nun gibt es zwar mehrere Organisationen für diese Arbeitergruppe in England, aber „mächtig“ ist keine davon. Ueberdies bruchten sich diese nicht erst von der gewerkschaftlichen Internationalen Loszusagen, denn — sie haben ihr nie angehört.“

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (W. a. G. Hamburg.)

Abrechnung über den Unterstützungs- und Agitationsfonds vom 1. Juli bis zum 31. August 1915.

Table with columns for locations (e.g., Berlin, Hamburg, Dresden) and amounts. Includes sub-sections for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'.

An die ausgehauerten Mitglieder: Paul Grohmann (Leipzig-Meißner) 30 M., Josef Solt (Hamburg) 40 M., Louis Lüd (Wehndorf) 50 M., Robert Reichert (Magdeburg-Sudenburg) 50 M. ...

Summary table showing total income (Einnahmen) and expenses (Ausgaben) for the period.

Berlin, 10. September 1915. Paul Deutschmann. Revidiert und für richtig befunden. Die Revisoren: M. Graeber, Josef Bielow.

Verichtigung: In der Nr. 32 vom 7. August 1915 muß es in der Einnahme statt Reichert I 130 M.: Reichert I 50 und Reichert II 80 M. heißen.

Eingegangene Druckchriften

Der in seinem 40. Jahrgange vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1916 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg) enthält unter anderem: Kalenderium — Postalisches — Beachtenswerte Adressen — Statistisches — Rückblick — Messen und Märkte — Im Kreislauf des Jahres — Unsere Losen (mit Bildern) — Nachrichten — Spinn-Jule, Erzählung von Ernst Kreczger (mit Abbildungen) — Rosa imperator, Gedicht von Richard Wagner — Herbststimmung, Gedicht von Leo Heller — Geschloßherzeugung und Rettenunterversorgung im modernen Kriege, von Kurt Bising (mit Abbildungen) — Lebensworte — Kunstdruckwerke (mit Abbildungen) — Rosen, Gedicht von Paul Reppin — In Not erlöset! Gedicht von Clara Wolm-Schuch — Sein Urlaub, Erzählung von E. Feldmann (mit Abbildungen) — Das Erdbeben in den Abruzzen, von Oda Olberg (mit Abbildungen) — Mein Freund, Gedicht von Karl Peterhau — Die der Blinde gewöhnliche Menschheit lesen kann, von Felix Linde (mit Abbildungen) — Frauen im Kriege einst und jetzt, von Anna Alos (mit Abbildungen) — Stille Stadt, Gedicht von Ludwig Lassen — Unser jartiges Bild — Sonntagsliebe, eine Geschichte von Paul Jlg (mit Abbildungen) — allerlei Wahrheiten — Jean Jovés (mit Bild) — Kämpferische der Kriegswalder, Witwen und Kriegswaisen, von Ernst Dammig — Kriegswaisen — Fliegende Blätter — Kriegsjahre — Für unsere Kämpfer — Die Großenauergesellschaft deutscher Arbeitervereine (mit Abbildungen) — Hierzu vier Bilder: Der Krieg — In der Kunde — Nach kurzer Zeit — Der Frühling — Außerdem ein Bierfarbendruck auf Kunstdruckpapier: Beim Auslösen — Ein Wandteppich.

Der Weltkrieg und der Krieg. Von J. Gasser, Professor, Berlin. Sonderdruck aus Die Jüngere Mission im evangelischen Deutschland, Jahrbuch 1915. Häufigkeit: Verlag, Berlin W. 15. 14 Seiten. Preis 20 s., 100 Stück 12 M.

Wegsamt und Alkohol. Von Oberleutnant Dr. Dranglow, Bonn. Sonderdruck aus der Allgöhring, wissenschaftlich-praktische Vierteljahrsschrift. Zweite Auflage. Berlin W. 15. Häufigkeit: Verlag, 1915. 18 Seiten. Preis 50 s. — Beide Schriften behandeln den Einfluß des Alkohols vornehmlich auf Soldaten in ihrer, sojähriger Weise lediglich auf Grund von Erfahrungen.

Krieg und Verfassung. Von Regierungsrat Dr. jur. Wend, Berlin. Krieg und Volkswirtschaft, Heft 5. Berlin, Verlag von Georg Meißner, 1915. 32 Seiten. Preis 1 M. — Behandelt nicht die Arbeiterfrage, sondern das auf zivilrechtlichen Verträge beruhende Verfassungswesen (Lebensversicherung, Gewerkschaften usw.). Besonders interessant für solche, die solche Verträge mit ausländischen Versicherungsgeellschaften abgeschlossen haben.

Die Kalligraphie einer Nation. — Die Welt am Rhein. Von Ludwig Mühlstein. (Wegsamt zum Weitergeben Nr. 5.) Herausgegeben vom Deutschen Reich gegen den Mißbrauch geistiger Schätze. Häufigkeit: Verlag, Berlin W. 15. 16 Seiten. Preis 15 s. — Enthält zwei ziemlich kräftig aufgetragene Zeichnungen aus dem Goldatenleben, außerdem noch zwei kleinere Beiträge, ferner ein Bildnis Wolffes und die Nachbildung eines Abschnittes aus einem seiner Briefe.

Luft, Wasser, Licht und Wärme. Zehn Vorträge aus dem Gebiete der Experimentalmathematik. Von Professor Dr. R. Blochmann. 4. Auflage. Mit 92 Abbildungen. (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 5. Bändchen.) Verlag von W. G. Teubner in Leipzig und Berlin. 1914. 111 Seiten. Preis geheftet 1 M., in Leinwand gebunden 1,25 M. — Wenn das Buchlein bereits in der 4. Auflage erscheint, so ist das ein Beweis dafür, daß es seinen Zweck, dem mit keinerlei fachmännischen Vorkenntnissen ausgestatteten Leser die wichtigsten chemischen und physikalischen Vorgänge, deren Kenntnis im heutigen Wirtschaftsleben unentbehrlich ist, zu erschließen, in hohem Maße erfüllt. Der Verfasser stützt sich von Anfang an auf die Darstellung auf Verweise, auf die Beobachtung der dabei auftretenden Erscheinungen und erweitert durch neue zielbewusste Versuche, die durch zahlreiche, vortreffliche Abbildungen erläutert sind, allmählich das Verständnis ihres Zusammenhangs. Die Vorträge der Stoffe auf Luft, Wasser, Licht und Wärme, diese für unser Dasein unentbehrlichen Bedingungen, ermöglicht ein fortwährendes Eingehen auf die Vorgänge des täglichen Lebens zu verbinden. Die anregende, lebendige Vortragweise, die vorzüglich ausgebildete Technik der Experimente, die streng durchgeführte, auf Anschauung begründete Mit der Darstellung werden dem Wächlein auch in der neuen Auflage, welche um einen Abschnitt über die wichtigsten Lehren der Molekular-, Atom- und Jontentheorie vermehrt wurde, zu den alten viele neue Freunde hinzugewinnen lassen.

Die Nachricht läßt nicht klar erkennen, welche Gewerkschaft mit der „mächtigen englischen Arbeiterchaft“ eigentlich gemeint ist. Dem Wortlaut nach müßte es sich um eine Vereinigung der bei der Papierherzeugung beschäftigten Arbeiterchaft handeln. Nun gibt es zwar mehrere Organisationen für diese Arbeitergruppe in England, aber „mächtig“ ist keine davon. Ueberdies bruchten sich diese nicht erst von der gewerkschaftlichen Internationalen Loszusagen, denn — sie haben ihr nie angehört.“

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.) Samstag, 2. Oktober: Celle, Stellmann, Blumlage 7, 8 Uhr. Posen, Jochims, St. Martinstr. 4, 8 Uhr. Zergelow i. P., Ruffenroth, 8 Uhr. Dienstag, 5. Oktober: Genua (Diamantarbeiter), Saalbau. Mittwoch, 6. Oktober: Rürnberg (Graveur), Verbands-haus der Metallarbeiter, 8 Uhr. Samstag, 9. Oktober: Friedrichshafen, Drei König, 8 Uhr. Gelsenkirchen, Edermann, 8 Uhr. Rüstfeld, Burgfelder, 8 Uhr. Schwiebus, Wm. Gondolatsch, 8 Uhr. Sonntag, 10. Oktober: Hugsburg (Schulungsamt), Stadt Schulhaus, Jolobermallstr. 10 Uhr. Dienstag, 12. Oktober: Hannover (Klempner u. Installateure) Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.

Vertrauensleutezusammenkünfte

- Chemnitz (Weichmetall), Samstag, 9. Oktober, abends halb 9 Uhr, im Volkshaus Kolosseum. Gelsenkirchen, Donnerstag, 7. Okt., abds. 8 Uhr, Edermann, Dittlensstr. Arbeitsnachweise.

- (In den nachstehend angeführten Orten ist für die genannten Berufe d. Umhanger verboten.) Rüstfeld i. Thür. (Former und Kernmacher) Verbandsbureau. Hugsburg (Feilenarbeiter), Prinz Karl, Jolobermallstr. 12-13 Uhr. Berlin (Feilenarbeiter), Albert Manns, N. Liebenwalderstr. 44, 1. Duergeb. 3. Bielefeld, Brackwede und Schloß Holte (Feilenarbeiter), Verbandsbureau, Marktstr. 8. Bochum, (Feilenarbeiter) Verbandsbureau, Marktstr. 53. Verber-lodal bei Sving, Grabenstr. 6. Braunschweig, (Former und Gießereiarbeiter.) Verbandsbureau, Schloßstr. 3, 1. Gassel (Feilenarbeiter) Verbandsbureau, Gießbergstr. 36. Dasselb. Jolalgeheimt.

Sonstige Anzeigen

Der Former Gustav Billy Junghans, geb. 17. 9. 1884 zu Chemnitz, wird bring, um Angabe seiner Adresse gebet. Kolleg., denen der Aufenthalt. J. bekannt ist, ersucht um Nachricht. Verlag der M.-A.-Z., Stuttgart, Adressr. 16a.

Metallarbeiter, Dreher, Feilen, Schleifer, Formarbeiter, Gärbler und Metallarbeiter werden ständig eingestellt. Anfragen an Carl Zeitl, Zena. (1914)

Für dauernde Beschäftigung werden gesucht: Former u. Kernmacher, die mit der Herstellung von großen und schwierigen Gußstücken, womöglich von Lokomotivgehäusen, vollkommen vertraut sind. Reiseauslagen werden vergütet. Sichert Eugg & Cie., A.G., München, Bavariastraße.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt tüchtigen Dreher als Vorarbeiter für unsere Dreherei. Ausführliche Angebote zu richten an Geitz-Werke, Kreuznach (Rheinland). (2622)

Größeres Stahlwerk in Ungarn sucht (2623)

erfahrenen Gasmeister

für seinen Generatorenbetrieb. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Gehaltsansprüche und frühesten Eintrittstermin sind unter „Gasmeister“ an Rudolf Mosse in Budapest, Andrássy ut 2, zu richten.

Mit baltischen Martinofen selbständig arbeitende tüchtige (2624)

Martinofenschmelzer

gesucht. Offerten mit Angabe der bisherigen Beschäftigung, Lohnansprüchen und frühesten Eintrittstermin sind unter „Martinofenschmelzer“ an Rudolf Mosse, Budapest, Andrássy ut 2, zu richten.

Druck und Verlag von Alexander Schilke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötstraße 16 B.